

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2020

### Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
Europäische Rechnungshof: Sonderbericht „Bekämpfung der Kinderarmut“ .....	1
Rat der EU: Schlussfolgerung zum Sonderbericht „Bekämpfung der Kinderarmut“ .....	1
Trio-Ratspräsidentschaft: Erklärung zum aktiven Altern .....	1
EPSCO: Erklärung gegen Kinderarmut.....	2
Europäischer Rat: EU-Haushalt und Corona-Paket beschlossen.....	2
EU-Kommission: Europäischer Klimapakt und Mobilitätsstrategie vorgestellt.....	2
EU-Kommission: Änderung der Spielzeugrichtlinie.....	3
EU-Kommission: EU-Aktionspläne für Demokratie und zur Unterstützung der Medien.....	3
Rat der EU: Schlussfolgerung zur Gender Pay Gap und Gender Care Gap.....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten.....</b>	<b>4</b>
Bulgarien: Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen .....	4
Dänemark: Finanzielle Mittel für Soziales zugunsten gefährdeter Kinder und Jugendliche.....	4
Finnland: Kampagne zur Lesekompetenz von Kindern gestartet.....	4
Ungarn: Verfassungsänderungen zu Geschlechtseintragung nach Geburt und Definition von Eltern .....	4
Litauen: Anpassungen beim kostenlosen Schulessen für Kinder im Homeschooling.....	4
Polen: Zusätzliches Kindergeld und Unterstützung für Kinder in Pflegefamilien .....	5
Slowenien: Anspruch auf entschädigte Freistellung von Eltern bei Schulschließungen .....	5
Polen: Umsetzung der Istanbul-Konvention in beschränktem Umfang.....	5
Slowenien: Programm für Kinder 2020-2025 .....	5
Schweiz: Auswirkungen der Elternzeit und neuer Vaterschaftsurlaub .....	6
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>6</b>
COFACE: European Family Lab gestartet.....	6
COFACE Families Europe: Offener Brief zur Deklaration des EPSCO-Councils .....	7
Eurochild: Kampagne zur Priorisierung der ersten Lebensjahre in der Familienpolitik.....	7
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
UNICEF: Bericht zur sozialen Sicherung von Kindern in Ländern mit hohem Einkommen.....	7
UNICEF: Zusammenstellung der besten Forschungs- und Evaluationsprojekte des Jahres .....	8
EIGE: Bericht über Geschlechterungleichheiten in der Care-Arbeit.....	8
Terre Des Hommes: #CovidUnder19.....	9
Bertelsmann-Stiftung: Vergleichende Studie zu Präventionsstrukturen für Kinder und Familien .....	9
EPIC: Best Practices gegen Mobbing .....	9
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>10</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### Europäische Rechnungshof: Sonderbericht „Bekämpfung der Kinderarmut“

Der europäische Rechnungshof hat eine erste Prüfung der europäischen Initiativen zur Bekämpfung von Kinderarmut durchgeführt und die Ergebnisse im Bericht „Bekämpfung der Kinderarmut – Unterstützung der Kommission muss gezielter erfolgen“ veröffentlicht. Darin wurde untersucht, ob die Instrumente der Empfehlung Investitionen in Kinder aus dem Jahr 2013, die europäische Säule sozialer Rechte und das Europäische Semester die Kinderarmut in der EU reduzieren konnten. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die europäische Säule sozialer Rechte zwar ein Bewusstsein für das Problem der Kinderarmut geschaffen habe, für die umfassende Umsetzung allerdings ein Aktionsplan notwendig sei. Länderspezifische Empfehlungen zu Sozial- und Familienpolitik in den Mitgliedstaaten erwähnten Kinderarmut selten explizit. Auch in Rechtsvorschriften zur Verwendung von EU-Mitteln sei Kinderarmut nicht gesondert aufgeführt, sodass ihre Wirksamkeit in Bezug auf das Problem nicht beurteilt werden könne. Die EU-Kommission wird aufgefordert, die Bekämpfung von Kinderarmut in den Aktionsplan für die europäische Säule sozialer Rechte aufzunehmen und klare Leitfäden für Situationen in Mitgliedstaaten zu erarbeiten, die eine länderspezifische Empfehlung zur expliziten Bekämpfung von Kinderarmut nach sich zieht.

- [Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes: Bekämpfung der Kinderarmut –Unterstützung durch die Kommission muss gezielter erfolgen](#) 

### Rat der EU: Schlussfolgerung zum Sonderbericht „Bekämpfung der Kinderarmut“

Der Rat der EU hat Schlussfolgerungen zu diesem Sonderbericht veröffentlicht. Er ruft die Kommission auf, die Empfehlungen aus dem Sonderbericht umzusetzen, die notwendigen Informationen zur Erarbeitung entsprechender Initiativen zu beschaffen und den Austausch von Best Practices zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. Der Ausschuss für Sozialschutz wird aufgerufen, genauere Indikatoren für Armut und soziale Exklusion, insbesondere kinderspezifische Indikatoren zu erarbeiten.

- [Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs](#) 

### Trio-Ratspräsidentschaft: Erklärung zum aktiven Altern

Deutschland, Portugal und Slowenien haben als Trio-Ratspräsidentschaft die Erklärung zum aktiven Altern in der EU veröffentlicht. Die Rechte und Bedürfnisse älterer Menschen sollten in allen politischen Bereichen berücksichtigt werden. Die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten werden aufgerufen, in der Gestaltung politischer Maßnahmen eine ganzheitliche Perspektive auf Lebensverläufe einzunehmen. Die Aufnahme des Themas Altern in allen Politikfeldern solle eine Sichtbarkeit für die Anliegen älterer Menschen schaffen, die sich auch auf Gesellschaft und Wirtschaft auswirken werde. Insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung und Pflege müsse der Zugang zu Versorgung gesichert werden, der die Wahrung der Menschenwürde erlaube. Zudem sollten ältere Menschen aktiv in politische und zivilgesellschaftliche Prozesse einbezogen werden.

- [Trio Presidency Declaration on Ageing](#)  

## EPSCO: Erklärung gegen Kinderarmut

Der Rat der EU für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) hat eine Erklärung zum Schutz von Familien und Kindern vor Armut und sozialer Ausgrenzung erarbeitet. Darin wird darauf hingewiesen, aktuell besonders die Familien zu unterstützen, die finanziell von den Auswirkungen der Coronakrise betroffen sind. Allgemein wird die Einführung der europäischen Kindergarantie unterstützt, die im Jahr 2015 vom Europäischen Parlament vorgeschlagen wurde. Sie wurde in die Erklärung der politischen Leitlinien der EU-Kommission 2019-2024 aufgenommen und soll im Jahr 2021 als Vorschlag für eine Ratsempfehlung vorliegen. Mit der Kindergarantie soll das Recht von Kindern auf Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung, frühkindlicher Betreuung, ausreichend Wohnraum und angemessener Ernährung abgesichert werden. In der Erklärung gegen Kinderarmut des EPSCO wird die Kommission aufgefordert, sich in der Ausarbeitung an der europäischen Säule sozialer Rechte zu orientieren. Ein Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Best Practices wird angeraten. Die Kommission wird außerdem aufgefordert, besonders gefährdete Gruppen von Kindern zu beachten und die Kindergarantie in einen integrierten Ansatz sozialpolitischer Maßnahmen einzufügen.

- [Joint Declaration by the Ministers of the EPSCO Council: Overcoming Poverty and Social Exclusion](#)  

## Europäischer Rat: EU-Haushalt und Corona-Paket beschlossen

Auf dem letzten Gipfel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurden Entscheidungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen und damit das Corona-Konjunkturprogramm beschlossen. Der geplante Haushalt umfasst 1,8 Billionen Euro für die kommenden sieben Jahre und sieht bis zu 750 Milliarden Euro für das Konjunkturprogramm zur Überwindung der Coronakrise vor. Wäre die Einigung nicht mehr im Dezember diesen Jahres zustande gekommen, hätte die EU ab Januar mit einem Nothaushalt arbeiten müssen. Polen und Ungarn hatten ihre Zustimmung erst nach wochenlangen Verhandlungen gegeben, da der Mehrjährige Finanzrahmen ab 2021 erstmalig den neuen Rechtsstaatsmechanismus enthält. Dieser sollte die Zahlung von EU-Mitteln an Mitgliedstaaten an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien binden. Ein Kompromiss mit den beiden Mitgliedstaaten wurde durch eine Zusatzklärung zum geplanten Mechanismus erzielt. Darin ist festgelegt, dass die Kürzung von EU-Finanzhilfen nur dann zulässig ist, wenn der Rechtsstaatsverstoß sich negativ auf die Verwendung von EU-Geldern auswirkt. Betroffene Staaten können die Ahndung durch die EU vom Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen.

- [Website der Deutschen Präsidentschaft im Rat der EU](#)

## EU-Kommission: Europäischer Klimapakt und Mobilitätsstrategie vorgestellt

Die EU-Kommission hat zwei Bestandteile des Green Deals vorgestellt: den EU-Klimapakt und die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität. Der EU-Klimapakt soll die Partizipation von BürgerInnen, Organisationen und Gemeinschaften am Klimaschutz fördern, indem er eine Plattform zum Austausch von Informationen über den Klimawandel und von praktischen Ansätzen zur Bekämpfung der Klimakrise bietet. Neben der Online-Plattform sind Bürgerdialoge und -versammlungen geplant, die zur Entwicklung von Kooperationen zwischen lokalen Gemeinschaften, der Wirtschaft und Bildung und bestehenden Initiativen beitragen sollen. Die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität soll die Grundlage für die ökologische und digitale Wende im EU-Verkehr bilden. Sie soll zum Ziel des Green Deal beitragen, die verkehrsbedingten Emissionen bis zum Jahr 2050 um 90 Prozent zu senken. In der Strategie sind konkrete Ziele für verschiedene Zeitpunkte definiert: So sollen bis zum

Jahr 2030 der Hochgeschwindigkeitsbahnverkehr verdoppelt, Linienverkehr unter 500 km klimaneutral gestaltet und 100 europäische Städte klimaneutral umgestaltet sein.

- [Website des EU-Klimapakts](#) 
- [Factsheet zur Mobilitätsstrategie auf Deutsch](#) 

### EU-Kommission: Änderung der Spielzeugrichtlinie

Die Liste der verbotenen Duftstoffe in Spielzeug und Spielzeugmaterialien in der EU-Spielzeugrichtlinie wurde um drei weitere Stoffe ergänzt. Die allergenen Duftstoffe Atranol, Chloratranol und Methylheptincarboxat dürfen damit künftig nicht mehr in Spielzeug enthalten sein, das in der EU verkauft wird. Außerdem wurden 61 weitere allergene Duftstoffe als kennzeichnungspflichtig erklärt, wenn ihr Anteil in einem Spielzeug mehr als 100 Milligramm pro Kilogramm enthält. Die neuen Verbote und Kennzeichnungspflichten gelten 18 Monate nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in allen Mitgliedstaaten.

### EU-Kommission: EU-Aktionspläne für Demokratie und zur Unterstützung der Medien

Die EU hat zwei Aktionspläne vorgelegt, die zu einer demokratischen und informierten Öffentlichkeit beitragen sollen. Der EU-Aktionsplan für Demokratie soll auf zunehmende Probleme in der EU mit politischem Extremismus und Desinformation im Netz reagieren und die Widerstandsfähigkeit der europäischen Demokratie stärken. Er enthält Maßnahmen aus den drei Bereichen Förderung freier und fairer Wahlen, Stärkung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus und Bekämpfung von Desinformation. Aufgrund der Bedeutung einer pluralen Medienlandschaft für Demokratie, kulturelle Vielfalt und digitale Eigenständigkeit Europas wurde zudem ein Aktionsplan zur Unterstützung der Medien und des audiovisuellen Sektors angenommen. Konkret soll der Zugang für Medienunternehmen zu EU-Hilfen erleichtert und neue Förderungsmöglichkeiten für den audiovisuellen Sektor geschaffen werden. Außerdem ist die Förderung der Medienkompetenz von BürgerInnen geplant.

- [Europäischer Aktionsplan für Demokratie](#) 
- [Aktionsplan "Europas Medien in der digitalen Dekade"](#) 

### Rat der EU: Schlussfolgerung zur Gender Pay Gap und Gender Care Gap

Der Rat der EU hat Schlussfolgerungen zur Verringerung des Gender Pay Gap und des Gender Care Gap angenommen. Darin wird die Kommission aufgefordert, diese Themen im Rahmen des Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter (S. [EuropaNews 11/20](#)) mit allen verfügbaren Maßnahmen auf der EU-Ebene anzugehen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die gleiche Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern fördern. Zudem sei es notwendig, eine Auslagerung bestimmter Betreuungstätigkeiten durch professionelle Pflegekräfte und Erzieherinnen zu ermöglichen. In diesem Bereich müsse eine gute Ausbildung und attraktive Arbeitsbedingungen sowie vor allem eine ausreichende Bezahlung sichergestellt werden. Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Überwindung von Geschlechterstereotypen zu fördern.

- [Schlussfolgerung zur Gender Pay Gap und Gender Care Gap](#)  

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Bulgarien: Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft Bulgariens hat die Finanzierung von 136 Projekten zum Ausbau, Neubau und für Instandsetzungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen beschlossen. Mit Mitteln von insgesamt 210 Millionen bulgarischen Lew (ca. 105 Millionen Euro) sollen innerhalb von drei Jahren Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen neu gebaut, renoviert und erweitert werden. Ziel des Programms ist es, allen Kindern ab dem Alter von 4 Jahren einen Betreuungsplatz zu garantieren. Mit dem Neubau von 37 Kindergärten und der Modernisierung von 52 Kindergärten sollen über 6000 neue Betreuungsplätze geschaffen werden.

### Dänemark: Finanzielle Mittel für Soziales zugunsten gefährdeter Kinder und Jugendliche

Das dänische Ministerium für Soziales und Inneres hat die Bereitstellung zusätzlicher Mittel von 470 Millionen dänischen Kronen (ca. 63 Millionen Euro) für Programme zur sozialen Sicherung angekündigt. Dabei stehen besonders gefährdete Kinder und Jugendliche im Fokus. So wurden zehn neue Initiativen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, Lernschwierigkeiten und psychischen Belastungen angekündigt. Die Initiativen sind mit insgesamt 120 Millionen dänischen Kronen (ca. 16 Millionen Euro) finanziert und sollen im Jahr 2021 durchgeführt werden. Die Initiativen wurden nach Kenntnissen der Sozialberichterstattung geplant, die auf den Bedarf in den verschiedenen Bereichen hingewiesen hatte.

### Finnland: Kampagne zur Lesekompetenz von Kindern gestartet

Das finnische Ministerium für Bildung und Kultur hat in Zusammenarbeit mit dem nationalen Bildungsausschuss eine Kampagne gestartet, die auf die Bedeutung der Lesekompetenz und des Lesens für Kinder aufmerksam machen soll. Mit Kinderbuchempfehlungen und Informationen zu den lernfördernden Effekten des Lesens und Möglichkeiten der Leseförderung sollen Eltern und PädagogInnen erreicht werden. Mit dem Vorleben des Lesens als Hobby und durch Vorlesen könnten Eltern dazu beitragen, ihren Kindern diese Beschäftigung nahezubringen. Kinder, die seit der frühen Kindheit gemeinsam mit den Eltern Lesemomente teilten, kämen mit den besten Startbedingungen fürs Lernen in die Schule.

### Ungarn: Verfassungsänderungen zu Geschlechtseintragung nach Geburt und Definition von Eltern

In Ungarn wurde ein Verfassungszusatz beschlossen, mit dem künftig keine Änderungen des Geschlechtseintrags nach der Geburt mehr möglich sind. Zudem werden Eltern explizit so definiert, dass sie aus einem männlichen Vater und einer weiblichen Mutter bestehen. Damit ist die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare künftig in Ungarn unmöglich.

### Litauen: Anpassungen beim kostenlosen Schulessen für Kinder im Homeschooling

Das litauische Ministerium für soziale Sicherheit und Arbeit hat Anpassungen in seinem Programm für kostenloses Schulessen vorgenommen, um auch Kinder im Homeschooling einzubeziehen. In Litauen haben alle Vorschulkinder und ErstklässlerInnen Anspruch auf ein kostenloses Mittagessen in der Schule. Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen erhalten es auch in höheren Klassenstufen. Die insgesamt 90.000 berechtigten Kinder sollen

das kostenlose Mittagessen nun auch während der aktuellen Schulschließungen erhalten, indem es entweder abgeholt wird oder indem Ersatzleistungen wie Lebensmittelrationen oder Fertiggerichte ausgegeben werden. Ist die Abholung den Familien nicht zumutbar, können die Lebensmittel ihnen auch geliefert werden.

### Polen: Zusätzliches Kindergeld und Unterstützung für Kinder in Pflegefamilien

Um Familien von den Auswirkungen der Pandemie zu entlasten, hat das polnische Ministerium für Familien und Soziales erneut ein zusätzliches Kindergeld für Familien mit Kindern unter acht Jahren und Kindern mit Behinderungen beschlossen. Anspruch darauf haben diese Familien, wenn die Schule oder Betreuungseinrichtung ihres Kindes geschlossen oder der Betrieb so eingeschränkt ist, dass ihr Kind sie nicht besuchen kann. Bereits während der ersten Phase der Schulschließungen war diese zusätzliche Unterstützung gewährt worden. Des Weiteren werden insgesamt 130 Millionen polnischen Zloty (ca. 29 Millionen Euro) zur Unterstützung von Kindern in Pflegefamilien bereitgestellt. Sie werden aus dem polnischen Staatshaushalt und dem Europäischen Sozialfonds finanziert und sollen die Anschaffung von Computern und Software für den Fernunterricht sowie von Masken und Desinfektionsmitteln für Kinder in Pflegefamilien ermöglichen.

### Slowenien: Anspruch auf entschädigte Freistellung von Eltern bei Schulschließungen

In Slowenien wurde das nunmehr fünfte Anti-Corona-Paket beschlossen, das einen Anspruch auf Freistellung von ArbeitnehmerInnen mit Kindern bis zur 5. Klasse der Grundschule vorsieht. Die Pandemie wurde als höhere Gewalt bewertet und der Anspruch einer Entschädigung der ArbeitnehmerInnen von 80 Prozent ihres monatlichen Gehalts festgelegt. Dies gelte auch für Beschäftigungen, die im Home-Office ausgeführt werden können. Die Arbeit zu Hause sei mit der Betreuung eines Kindes nicht vereinbar. Das Aufbrauchen des Jahresurlaubs könne vom Arbeitgeber nicht angeordnet werden, da Urlaub arbeitsrechtlich als Zeit für Erholung definiert sei. Allerdings dürfen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber sich einvernehmlich darauf einigen, dass der Jahresurlaub für die Kinderbetreuung während der Pandemie genutzt wird.

### Polen: Umsetzung der Istanbul-Konvention in beschränktem Umfang

Das polnische Parlament hat ein Gesetz beschlossen, das den Umfang der Umsetzung der Istanbul-Konvention beschränkt. Dem internationalen Übereinkommen gegen Gewalt an Frauen war Polen im Jahr 2015 beigetreten. Im Sommer hatte Polens Ministerpräsident Morawiecki bekanntgegeben, dass er überprüfen lassen werde, ob die Konvention mit der polnischen Verfassung vereinbar sei. Die Regierung stuft Teile des Abkommens als ideologisch ein und hält sie für unvereinbar mit traditionellen Familienwerten. Das nun beschlossene Gesetz sieht vor, dass Verletzungen der körperlichen Unversehrtheit nicht länger von Amts wegen verfolgt werden müssen. Die Strafverfolgung erfordert somit eine Anzeige der Betroffenen. Die Änderung betrifft Körperverletzungen wie Schlagen, Treten, Schubsen und an den Haaren ziehen. Die Pflicht zur Strafverfolgung für Behörden ist in der Istanbul-Konvention vorgesehen, da die Bereitschaft und Möglichkeit zur Anzeige bei Betroffenen häuslicher Gewalt aufgrund der persönlichen Beziehung und häufig ökonomischer Abhängigkeit gering sind.

### Slowenien: Programm für Kinder 2020-2025

Das slowenische Ministerium für Arbeit, Familie, Soziales und Chancengleichheit hat das Programm für Kinder 2020-2025 vorgestellt. Die Strategie für integrierte sozialpolitische Maßnahmen zugunsten von Kindern soll die



Wahrung der Kinderrechte und die Chancengleichheit für alle Kinder in Slowenien ermöglichen. Dabei sollen besonders vulnerable Gruppen von Kindern wie geflüchtete Kinder, Kinder mit Behinderungen, Kinder von ethnischen Minderheiten, von Gewalt betroffene Kinder und Kinder aus finanziell benachteiligten Familien besondere Beachtung finden. Das Programm ist in die Bereiche Chancengleichheit, Teilhabe, Leben ohne Gewalt und kinderfreundliche Verfahren in staatlichen Institutionen unterteilt. Der Programmbereich Chancengleichheit wird nach den Themen Wohnen, Gesundheit, Betreuung und Bildung, kulturelle Teilhabe und besonders gefährdete Gruppen von Kindern gegliedert. Für alle Programmbereiche werden Arbeitsgruppen aus MinisteriumsvertreterInnen und ExpertInnen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Fachverbänden Aktionspläne erarbeiten.

### Schweiz: Auswirkungen der Elternzeit und neuer Vaterschaftsurlaub

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen der Schweiz hat einen Policy Brief zu den Auswirkungen der Elternzeit veröffentlicht. In der Schweiz haben Eltern Anspruch auf insgesamt 38 Wochen Elternzeit: 14 Wochen Mutterschaftsurlaub, acht Wochen explizit für den Vater und 16 Wochen, die zwischen den Eltern aufgeteilt werden können. Diese Elternzeit wird mit 80% des gewöhnlichen Lohns entschädigt. Laut Policy Brief habe sich die Gleichstellung der Geschlechter durch Möglichkeiten der Aufteilung in Familien verbessert. Für Unternehmen stünden mehr qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung, da die Regelungen zur Elternzeit die Vereinbarung von Elternschaft und Beruf verbessert habe. Damit einher gingen gesamtgesellschaftliche Auswirkungen wie höhere Steuer- und Renteneinnahmen, ein gesteigerter Nutzen der Investitionen in die Ausbildung von Frauen, geringere Sozialkosten und eine höhere Geburtenziffer. Ab dem 1. Januar 2021 wird Vätern entsprechend dem Mutterschaftsurlaub ein Vaterschaftsurlaub zur Verfügung stehen.

- [Policy Brief "Elternzeit. Eine notwendige und lohnende Investition"](#) 

## Weitere Nachrichten

---

### COFACE: European Family Lab gestartet

COFACE Families Europe hat das European Family Lab gestartet, das zur Vernetzung von ExpertInnen für Familienthemen in ganz Europa und zur Information über Unterstützungsmöglichkeiten für Familien über die Fachöffentlichkeit hinaus beitragen soll. Es wird aus verschiedenen Tools bestehen, von denen zwei bereits mit dem Launch anlaufen: Eine Serie von Webinaren zu Themen zur Unterstützung von Familien, die „Breakfast Bytes on Family Support“. Abgedeckt werden Themen wie Familienmediation, Unterstützung bei Wohnungsfragen, Mobbingprävention, Work-Life-Balance. Es sind 10 monatliche 90-minütige Webinare aus 10 verschiedenen Staaten vorgesehen, die jeweils von 9.30-11.00 Uhr stattfinden. Außerdem wurde der Youtube-Channel COFACE TV gestartet, auf dem Videos mit Informationen rund um das Thema Unterstützung von Familien zur Verfügung stehen. Diese ersten Bausteine des Labs richten sich vor allem an Fachleute und soll den europaweiten Austausch von innovativen Ansätzen für die Unterstützung von Familien fördern. Folgende Bausteine werden sich auch direkt an Familien richten und Ressourcen zu ihrer Unterstützung zur Verfügung stellen.

- [COFACE Families Europe: European Family Lab](#) 

## COFACE Families Europe: Offener Brief zur Deklaration des EPSCO-Councils

COFACE Families Europe hat einen offenen Brief zur gemeinsamen Erklärung gegen Kinderarmut des Rates der EU für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) veröffentlicht. In dem Brief wird auf einen ganzheitlichen Ansatz für Kinder und Familien hingewiesen, die in der neuen Veröffentlichung Child Compass 2030 der COFACE dargestellt wird. Demnach sind faire Startbedingungen für Kinder nur möglich, wenn die Situation der Familien betrachtet wird. Belastungen von Eltern durch zu geringe Einkommen oder prekäre Arbeitsverhältnisse wirkten sich auf die Lebensqualität von Kindern aus. Eine Politik für Kinder und Familien müsse grundsätzlich mit einem Zwei-Generationen-Zugang gestaltet werden. Mit diesem Ansatz werden die Themenbereiche Bildung, Gemeinschaft, digitale Technologie, Wirtschaft und Umwelt im Child Compass betrachtet: In jedem dieser Bereiche müsse Politik, die positiv auf das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern ausgerichtet ist, die Auswirkungen von Maßnahmen auf das Familienleben und eventuelle Belastungen für Eltern einbeziehen. In dem offenen Brief wird außerdem auf die Empfehlungen der COFACE zur Unterstützung von Familien in der Covid-19-Pandemie sowie auf die Empfehlungen zur Kindergarantie (s. [EuropaNews 09/2020](#)) hingewiesen.

- [COFACE Families Europe: Child Compass 2030](#)  
- [COVID-19: Resources and Information around European Families](#) 
- [AGF und COFACE: The Child Guarantee - A tool to tackle child poverty? Dokumentation des Europäischen Fachgesprächs \(Deutsch\)](#) 

## Eurochild: Kampagne zur Priorisierung der ersten Lebensjahre in der Familienpolitik

Gemeinsam mit der International Step by Step Association (ISSA), der European Public Health Alliance und dem Roma Education Fund (REF) hat Eurochild die Kampagne "First Years First Priority" gestartet. Sie will Aufmerksamkeit für die Wichtigkeit der frühkindlichen Entwicklung erzeugen und erreichen, dass die ersten sechs Lebensjahre auf der EU-Ebene und in der nationalen Politik in den Fokus der Familienpolitik rücken. Dabei solle ein besonderes Augenmerk auf die ersten 1.000 Tage im Leben von Kindern gelegt und benachteiligte Gruppen von Kindern berücksichtigt werden. Dazu gehörten Kinder in Roma-Communities, Kinder mit Behinderungen, geflüchtete Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder, die in Armut aufwachsen und Kinder, die in Pflegefamilien leben.

## Berichte und Studien

---

### UNICEF: Bericht zur sozialen Sicherung von Kindern in Ländern mit hohem Einkommen

Das UNICEF-Forschungsinstitut Innocenti hat einen Bericht zur sozialen Sicherung von Kindern und Familien in Ländern mit hohem Durchschnittseinkommen während der Covid-19-Pandemie veröffentlicht. Dazu wurden alle EU- und OECD-Staaten gezählt. Diese Länder wurden ausgewählt, da sie in der jüngeren Geschichte wenig Erfahrungen im Umgang mit gesellschaftlichen Krisen hätten, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche auswirkten. Daher sollte untersucht werden, von welchen sozialen und ökonomischen Effekten der Pandemie Kinder in Ländern mit hohem Durchschnittseinkommen betroffen sind, wie Kindeswohl und Kinderarmut sich unter Einfluss der Gesundheitskrise entwickeln, ob Regierungsmaßnahmen zur sozialen Sicherung diese negativen Effekte ausreichend abfedern und wie zukünftige Sozialpolitik mit Erfahrungen aus dieser und vorherigen Krisen



dafür optimiert werden kann, Kinder zu schützen. Der Bericht zeigt, dass Kinder von der Covid-19-Pandemie stark betroffen sind und die Rate der Armutsbetroffenheit von Kindern noch voraussichtlich fünf Jahre lang höher sein wird als vor der Krise. Das komplexe Zusammenspiel verschiedener Faktoren wie der ökonomischen Situation, dem Gesundheitssystem, der Organisation sozialpolitischer Maßnahmen und der Betroffenheit durch das Coronavirus bedingen die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder in den verschiedenen Ländern. Policies zur sozialen Absicherung von Kindern müssten daher so gestaltet werden, dass verschiedene Politikbereiche wie Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik zusammenwirken, um Kinder vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu schützen.

- [UNICEF: Supporting Families and Children Beyond COVID-19](#)  

### UNICEF: Zusammenstellung der besten Forschungs- und Evaluationsprojekte des Jahres

Seit 2012 gibt das Forschungsbüro Innocenti von UNICEF jährlich eine Zusammenstellung der besten Studien und Evaluationen von UNICEF heraus. Im Bericht Best of UNICEF Research 2020 wurden 18 Finalisten für die besten Forschungs- und Evaluationsprojekte vorgestellt. Sie wurden den fünf Zielbereichen aus dem strategischen Plan 2018-2021 zugeordnet. Die fünf Zielbereiche sind das Überleben und die Entwicklung eines jeden Kindes, Bildung der Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, ein sicheres und sauberes Wohnumfeld und Chancengleichheit für jedes Kind. Einige der Arbeiten sind besonders während der Covid-19-Pandemie relevant: So wird eine Studie aus Uganda vorgestellt, die den Zusammenhang sozialer Ungleichheiten und den Möglichkeiten des Umgangs mit dem Ebolavirus untersucht. Andere Arbeiten hatten sich hervorgetan, weil sie Gruppen von Kindern erreichten, zu denen der Zugang für ForscherInnen erschwert ist. Dazu zählt eine Studie aus Italien, in der unbegleitete minderjährige Geflüchtete von ihrem Übergang ins Erwachsenenleben unter diesen Bedingungen berichten. Auch methodisch besonders innovative Projekte wurden ausgezeichnet, wie die Evaluation eines Pilotprojektes zur Schulreife in Mosambik. Die sechs Gewinner-Projekte werden in Videos vorgestellt, die auf Youtube verfügbar sind.

- [Best of UNICEF Research and Evaluation 2020](#)  

### EIGE: Bericht über Geschlechterungleichheiten in der Care-Arbeit

Das European Institute for Gender Equality (EIGE) hat einen Bericht über Geschlechterungleichheiten im Bereich der Care-Arbeit und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt veröffentlicht. Darin wird zunächst dargestellt, wie die Einordnung pflegender Tätigkeiten als typisch weibliche Aufgaben zu einer Geringschätzung dieser Tätigkeiten im professionellen und privaten Bereich führe: Die geringere Bezahlung in traditionellen Frauenberufen des Pflege- und Betreuungsbereichs hänge also mit der Missachtung häuslicher Pflegetätigkeiten zusammen, die zum Großteil von Frauen verrichtet werde. Dazu zähle nicht nur die direkte Versorgung von Kindern und Pflegebedürftigen, sondern alle dafür notwendigen Vorbereitungen wie das Einkaufen und Zubereiten von Lebensmitteln, Waschen von Kleidung usw. Die „Gender Care Gap“, also die ungleiche Verteilung dieser Pflegetätigkeiten im privaten Bereich, sei für das Verständnis weiblicher Arbeitsmarktbeteiligung daher zentral. Obwohl sich diese Lücke zwischen den Geschlechtern in der EU seit dem Jahr 2005 stetig verringere, sei diese Entwicklung für eine gleichwertige Partizipation am Erwerbsleben nicht ausreichend. Besonders ab der gemeinsamen Elternschaft vergrößere sich die Gender Care Gap bei Paaren und verhindere häufig ein egalitäres Modell, in dem beide Elternteile erwerbstätig sind und sich die Care-Arbeit aufteilen.

- [EIGE: Gender inequalities in care and consequences on the labour market](#)  
- [Kurzzusammenfassung der Ergebnisse auf Deutsch](#)

## Terre Des Hommes: #CovidUnder19

Die Organisation Terre des Hommes hat mit der Initiative #CovidUnder19 die weltweite Umfrage „Life Under Coronavirus“ durchgeführt, in der mehr als 26.000 Kinder zwischen acht und 17 Jahren teilgenommen haben. Die Umfrage wurde unter Mitarbeit einer divers zusammengesetzten Gruppe von Kindern aus 28 Ländern erarbeitet. Die Ergebnisse sind jetzt in einem Bericht erschienen, der neben quantitativen Ergebnissen auch Stellungnahmen von Kindern enthält. Die Ergebnisse wurden den Artikeln der UN-Kinderrechtskonvention zugeordnet: Zum Recht auf Bildung zeigt sich z.B., dass 61 Prozent der Kinder angeben, vor der Pandemie eine bessere Bildung erhalten zu haben. Zum Recht auf Spiel und Freizeit sagen 56 Prozent der Kinder, dass sie vor der Krise mehr Kontakt zu ihren FreundInnen hatten. In Bezug auf den Schutz vor Gewalt berichten neun Prozent der Kinder, sich seit dem Ausbruch von Covid-19 zuhause weniger sicher zu fühlen.

- [Ergebnisse der Umfrage "Life Under Coronavirus"](#) 

## Bertelsmann-Stiftung: Vergleichende Studie zu Präventionsstrukturen für Kinder und Familien

Die Studie „Making Prevention Work. Preventive structures and policies for children, youth and families“ vergleicht Präventionsangebote für Kinder und Familien in 12 europäischen Ländern und die Bedingungen ihrer effektiven lokalen Umsetzung. Prävention umfasst nach der Definition in dieser Studie alle sozial-, gesundheits- und bildungspolitischen Maßnahmen, die das Kindeswohl absichern und einen erfolgreichen Übergang ins Erwachsenenleben ermöglichen sollen. Der Vergleich der Präventionsansätze in den ausgewählten Ländern zeigt, dass zentral koordinierte Programme zu einem landesweit einheitlichen Niveau an Präventionsangeboten führten. Angebote müssten zudem für die Zielgruppe sichtbar gemacht und verständlich dargestellt werden. Trotz der Vorteile zentral koordinierter Programme müssten die Angebote auf die lokalen Erfordernisse abgestimmt werden. Die größte Barriere für effektive Präventionsmaßnahmen sei die oftmals unzureichende Finanzierung. Besonders in Kommunen mit hohem Bedarf für Präventionsangebote seien die Mittel für solche Programme häufig am knappsten.

- [Making Prevention Work. Preventive structures and policies for children, youth and families](#) 

## EPIC: Best Practices gegen Mobbing

Die European Platform for Investing in Children (EPIC) hat eine Sammlung von Programmen gegen Mobbing herausgegeben. Sie stammen von der Plattform „Practices that work“ von EPIC, auf der innovative und evidenzbasierte Praktiken für Kinder und Familien zusammengetragen werden. Im Bericht wird Mobbing in seinen verschiedenen Formen dargestellt. Zu den vorgestellten Programmen wird angemerkt, wie weit die Evaluation schon fortgeschritten ist. So soll transparent gemacht werden, wie viel Erfahrung zur Effektivität eines Ansatzes vorliegt. Vorgestellt wird z.B. das KiVa Antibullying Programme aus Finnland, das vor allem auf feste Richtlinien zum Umgang mit Mobbing für LehrerInnen setzt. Ein Programm aus Griechenland wurde von WissenschaftlerInnen erarbeitet und sieht Workshops für GrundschülerInnen vor, in denen Achtsamkeit für den Umgang miteinander und Selbstreflexion gefördert wird. Das Programm FearNot! wird in Deutschland und Großbritannien über eine App durchgeführt: Kinder können sich dort einen Charakter gestalten, der ähnlich wie in einem Spiel Mobbingsituationen miterlebt. Daraufhin haben sie die Gelegenheit, dem fiktiven betroffenen Charakter Mut zuzusprechen und Ratschläge zu geben. Dadurch soll die Empathie mit Betroffenen gefördert werden.

- [Anti-bullying practices from the repository of the European Platform for Investing in Children](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
19. Jan Online	<a href="#">Building an online platform to engage with teenage parents: challenges and successes</a>	COFACE Families Europe
16. Feb Online	<a href="#">The Flemish SafeOnline Initiative: How to deal with digital media in your family</a>	COFACE Families Europe
22.-24. März 2021 Online	<a href="#">9. Berliner Demografie-Forum</a>	Berliner Demografie Forum

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

